

2. Geschlechtertheorien – Geschlechterpolitiken. Zum Verhältnis von feministischer Theorie und gleichstellungspolitischer Praxis

Wissenschaftliche Theoriebildung und politisches Handeln bedingen sich gegenseitig, insofern sind auch Geschlechterforschung und Gleichstellungspolitik miteinander verknüpft. Zwischen Wissenschaft und Politik spannt sich demnach das Handlungsfeld auf, in dem sich Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte und gleichstellungspolitische Aktive an Hochschulen bewegen. Dieses Spannungsfeld wird im Folgenden zunächst skizziert (2.1). Anschließend werden zentrale theoretische Auseinandersetzungen um die Bedeutung der Kategorie Geschlecht dargestellt, die sich seit der Neuen Frauenbewegung und der Institutionalisierung der Frauenforschung in den 1970er Jahren herausgebildet haben (2.2). Der Überblick zeigt verschiedene theoretische Sprecher_innenpositionen und damit verbundene politische Ziele auf. Drei große Strömungen – Gleichheits-, Differenz- und dekonstruktivistischer Feminismus – werden hinsichtlich ihrer Aussagen zu gleichstellungspolitischen Handlungsmöglichkeiten befragt (2.2.1-2.2.3). Ergänzt werden sie um neuere Theorieansätze wie Queer Theorie, Postkoloniale Theorie, Disability Studies sowie Intersektionalitätsforschung und Diversity Studies (2.2.4 bis 2.2.7). Damit werden theoretische Perspektiven für gleichstellungspolitische Zusammenhänge eröffnet, die mit Geschlechterverhältnissen verwobene diskriminierende Kategorisierungen (wie sexuelle Orientierung, imperialistische, globalpolitische, religiöse oder ethnisch-kulturelle Zuordnungen sowie Behinderungen) in den Blick nehmen.

2.1 Zusammenhänge von Feminismus, Frauen- und Geschlechterforschung und Gleichstellungspolitik

Im Selbstverständnis sowohl von Wissenschaftler_innen als auch von politischen Akteur_innen stellen ‚abstrakte Theorie‘ und ‚konkrete Praxis‘ oft zwei getrennte Bereiche mit völlig unterschiedlichen Prämissen und Anforderungen dar: Während im politischen Kontext, der von Entscheidungsdruck geprägt sei, von den Handelnden normative Zielentscheidungen erwartet würden, entstehe theoretisches Wissen im Gegensatz dazu gerade in der Entlastung von Handlungsdruck; es gestalte sich losgelöst von konkreten Personen und zeichne sich durch Kom-

plexität aus. Wie Gudrun-Axeli Knapp jedoch zutreffend ausführt, ist diese Gegenüberstellung irreführend, weil sie unterstellt, dass Theorie unpraktisch – also nicht praxisrelevant – sei. „Dabei erweisen sich oft genug politische Sackgassen als Zeichen eines Theoriedefizits und damit verbundener mangelnder kritischer Distanz zur eigenen Praxis“ (Knapp 1997, S. 74). Daraus folgt, dass auch das Handeln der gleichstellungspolitischen Akteur_innen, wie jedes politische Handeln, beeinflusst ist von einem spezifischen Wissen – sei dies nun Expert_innen- oder Alltagswissen – und durch den gesellschaftspolitischen sowie kulturell-historischen Kontext geprägt wird.

Der Zusammenhang von Theorie und Praxis lässt sich demnach weder als Subsumtions- noch als Ableitungsverhältnis beschreiben. Genauso wenig wie Theoriebildung der politischen Praxis nachgeordnet ist, können wissenschaftliche Theorien unmittelbare Praxisanleitungen geben. Wissenschaft und Politik bilden vielmehr ein Wechselverhältnis, in dem kontinuierliche Vermittlungen notwendig sind. Dieser Transfer bedarf der Aushandlung und Gestaltung durch einzelne Akteur_innen. Gleichstellungsbeauftragte befinden sich in ihrer Position oft in der Funktion von „institutionalisierten Übersetzerinnen“ (Sauer 2001, S. 19), die Transferleistungen in zwei Richtungen erbringen, da ihr Tätigkeitsfeld an der Hochschule eine Schnittstelle von Wissenschaft und Politik markiert.

Wie gestalten sich also die Zusammenhänge zwischen feministischer Theorie und Gleichstellungspolitik? Antworten auf diese Frage hängen vom jeweiligen Feminismusverständnis ab. Feministische Positionierungen variieren erheblich und verändern sich kontinuierlich. Feminismus ist kein starres Konzept, dessen Kriterien, einmal definiert, unverändert beibehalten werden können. Feminismus steht unserer Ansicht nach für das Projekt, politische Machtkalküle offenzulegen und soziale Ungleichheitsverhältnisse, die sich entlang von diskursiven Geschlechtergrenzen reproduzieren, abzubauen.

Eine feministische Konzeptionalisierung des Politischen heißt zunächst nicht mehr, aber auch nicht weniger, als dem Geschlecht bzw. Prozessen der Vergeschlechtlichung einen Stellenwert bei der Konzeptionalisierung und Analyse politischer Phänomene einzuräumen (Sauer 2001, S. 18).

Feministische Politik umfasst demnach sowohl theoretische Kritik an androzentrismen (→ Glossar) Grundlagen von Wissenschaft als auch frauenpolitisches Engagement für den Abbau männerdominierter Strukturen des Wissenschaftsbetriebs.

Gleichstellungspolitik hat ihre Wurzeln in nationalen und internationalen politischen Bewegungen. Die Entstehung des Amtes der Frauenbeauftragten an den Hochschulen geht auf feministische Forderungen der Neuen Frauenbewegung zurück, eine Lobby für Fraueninteressen im Wissenschaftsbetrieb und in der Wis-

senschaft zu schaffen sowie Ansprechpartnerinnen und Interessensvertreterinnen innerhalb politischer Entscheidungsstrukturen zu etablieren. Zu reflektieren, in welcher Art und Weise feministische Theorien und Politiken mit gleichstellungspolitischen Prozessen verwoben waren und sind, ist deshalb Grundlage für ein feministisch orientiertes gleichstellungspolitisches Handeln.

Institutionalisierte Gleichstellungspolitik an Hochschulen war lange Zeit innerhalb wissenschaftlicher Auseinandersetzungen kaum ein Thema (Batisweiler et al. 2001, S. 7). Inzwischen hat sich Gleichstellungspolitik jedoch als ein Gegenstand der Frauen- und Geschlechterforschung etablieren können, der gerade im Kontext von aktuellen hochschulpolitischen Entwicklungen sowie in jüngsten Theoriediskussionen der Gender Studies kritisch diskutiert und untersucht wird. Dabei bleibt die Beziehung von Geschlechterforschung, feministischer Theorie und Gleichstellungspolitik ein kontrovers verhandelter Gegenstand unter Geschlechterforscher_innen und Gleichstellungspolitiker_innen. So ist deren Verhältnis nach Plöger und Riegraf gekennzeichnet von „gefühlter Nähe und faktischer Distanz“ (Plöger und Riegraf 2009); und als „zwei ungleiche Schwestern“ bezeichnet Wetterer feministische Theoriebildung und gleichstellungspolitische Gender-Expertise (Wetterer 2008). Doch trotz der andauernden Spannungen zwischen den verschiedenen Akteur_innen und ihren Positionen bleibt an dem Verständnis eines Wechselverhältnisses von Theorie und Praxis festzuhalten, denn die Einflussnahme erfolgt gegenseitig: So wie die Erforschung der Geschlechterverhältnisse eine Grundlage für die gleichstellungspolitische Praxis an Hochschulen bildet, so geben geschlechterpolitische Entwicklungen wiederum Impulse für die Geschlechterforschung und die feministische Theoriebildung.

Lektüreempfehlungen und weitere Informationen

- Becker-Schmidt, Regina, und Gudrun-Axeli Knapp. 2000. *Feministische Theorie zur Einführung*. Hamburg.
- Hof, Renate. 1995. Die Entwicklung der Gender Studies. In *Genus. Zur Geschlechterdifferenz in den Kulturwissenschaften*, hrsg. Hadumod Bußmann und Renate Hof, 2-33. Stuttgart.
- Plöger, Lydia, und Birgit Riegraf (Hrsg.). 2009. *Gefühlte Nähe – Faktische Distanz. Geschlecht zwischen Wissenschaft und Politik. Perspektiven der Frauen- und Geschlechterforschung auf die »Wissengesellschaft«*. Opladen.
- Wetterer, Angelika 2008. Feministische Theorie und gleichstellungspolitische Gender-Expertise – zwei ungleiche Schwestern? In *Alles Gender? Feministische Standortbestimmungen*, hrsg. Maria Buchmayr, 12-26. Innsbruck.

Feministische Wissenschaftskritik

- Felt, Ulrike, Helga Nowotny und Klaus Taschwer. 1995. *Wissenschaftsforschung. Eine Einführung*. Frankfurt a.M./New York (bes. Kapitel 4: Die Beziehung der Geschlechter in den Wissenschaften, S. 85-113, mit vielen weiterführenden Literaturhinweisen).
- Haraway, Donna. 1990. *Primate Visions. Gender, Race, and Nature in the World of Modern Science*. New York.
- Haraway, Donna. 1991. *Simians, Cyborgs, and Women. The Reinvention of Nature*. New York (bes. das Kapitel Situated Knowledges).
- Harding, Sandra. 1994. *Das Geschlecht des Wissens. Frauen denken die Wissenschaft neu*. Frankfurt a.M.
- Keller, Evelyn Fox. 1985. *Reflections on Gender and Science*. Yale.
- Schiebinger, Londa. 2000. *Frauen forschen anders. Wie weiblich ist die Wissenschaft?* München.

2.2 Feministische Theorien und ihre Bedeutung für Gleichstellungspolitik

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Kategorie Geschlecht aus feministischer Perspektive lässt sich vereinfachend zunächst in drei theoretische Strömungen unterteilen: Gleichheitsfeminismus, Differenzfeminismus und die poststrukturalistisch geprägte Dekonstruktion der Zweigeschlechtlichkeit. Die ersten beiden Ansätzen entstanden bereits im Zuge der Neuen Frauenbewegung in Deutschland Ende der 1960er Jahre (2.1), die von der Forderung geprägt war, den Ausschluss von Frauen aus Politik, Gesellschaft und Kultur kritisch zu hinterfragen und sich mit dem Verhältnis der Geschlechter zueinander zu beschäftigen. Im Rahmen dieses Second Wave Feminism (als erste Welle des Feminismus bzw. die so genannte Alte Frauenbewegung gilt die Frauenbewegung um 1900) wurde einerseits die Gleichheit der Geschlechter (2.2.1) betont, andererseits entstand im Gegensatz dazu aber auch der Ansatz, die Verschiedenheit der Geschlechter theoretisch begründen zu wollen (2.2.2). Beiden Theorierichtungen ist gemeinsam, dass soziokulturelle und andere Unterschiede innerhalb der Gruppe der Frauen aus dem Blick geraten. Eine Diskussion über dieses theoretische Defizit sowie eine Hinterfragung von Universalität und Homogenität im Allgemeinen findet seit den 1980er Jahren im Kontext des Third Wave Feminism (vgl. Ullrich und Schwenken 2007) in Form poststrukturalistisch-dekonstruktivistischer Ansätze statt (2.2.3). Ansätze aus dem Bereich der Queer Theorie (2.2.4.), der postkolonialen Theoriebildung (2.2.5.) sowie aus dem Kontext der Disability Studies (2.2.6.) waren seit Beginn der 1990er Jahren besonders bereichernde Ergänzungen geschlechtertheoretischer und feministischer Ansätze in Wissenschaft und politischer Praxis. Die Intersektionalitätsforschung versucht schließlich seit einiger Zeit die Verschränkungen und Verkreuzungen der verschiedenen Differenz-

kategorien zu theoretisieren und für neue Erkenntnis über Diskriminierungsformen und ihre Funktionsweisen fruchtbar zu machen (2.2.7).

Die Inhalte der verschiedenen feministischen und gendertheoretischen Richtungen und ihre jeweilige Bedeutung für politisches Handeln werden im Folgenden in ihren wesentlichen Zügen erläutert.

2.2.1 Gleichheitstheorien

Gleichheitstheoretische Ansätze sind dem liberalen oder humanistischen Feminismus zuzurechnen, der sich unter anderem auf Simone de Beauvoirs Buch *Le deuxième sexe* (dt. *Das andere Geschlecht. Sitte und Sexus der Frau*) von 1949 bezieht, in dem die französische Philosophin und Schriftstellerin die Marginalisierung von Frauen und Weiblichkeit in einer von Männern dominierten Kultur und Gesellschaft analysiert: Als das Andere des Mannes diene die Kategorie Frau der Identitätsbildung des männlichen Subjekts. Erst in Abgrenzung zum inferioren Weiblichen könne sich der Mann in seiner sozialen und politischen Vormachtstellung gesellschaftlich begründen. Es finde eine permanente Reproduktion des Mannes als vernunftbegabtes Subjekt und der Frau als seinem Gegenüber statt. Einen Ausweg aus diesem dialektischen Verhältnis sehen Gleichheitstheoretiker_innen in der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen an hegemonial männlichen Privilegien und in der Auflösung ihrer traditionellen Rolle, die ‚die Frau‘ tendenziell auf den häuslichen, reproduktiven Bereich festlegt und ihr eine größere Nähe zur Natur zuschreibt. Politisch verbindet sich mit diesem Ansatz die Forderung nach gleichen Rechten und Chancen für Frauen und Männer.

Deutlich ist, dass im Kontext von gleichheitsfeministischen Ansätzen in den 1960er und 1970er Jahren wissenschaftliche Auseinandersetzung, Theoriebildung und politische Forderungen eng miteinander verknüpft waren. Erstmals wurde die Möglichkeit geschaffen, die Situation von Frauen historisch aus Sicht von Frauen und wissenschaftskritisch an den Hochschulen selbst zu erforschen und so auf der Grundlage differenzierter Analysen die politische Forderung nach gleicher Beteiligung am gesellschaftlichen Leben abzuleiten.

Die so genannten Women's Studies konnten sich als Erstes in den USA in den Wissenschaften etablieren. Ziel der Women's Studies war zunächst, die Benachteiligung von Frauen insbesondere auch im akademischen Bereich offenzulegen und Leistungen sowie Biografien von bisher nicht beachteten Wissenschaftlerinnen, Künstlerinnen und anderen gesellschaftlich engagierten Frauen dem klassischen, männerdominierten Wissenschafts- und Kunstkannon an die Seite zu stellen. Politisch wurde gefordert, die Diskriminierung von Frauen auf dem Ar-

beitsmarkt abzubauen und Frauen dieselben beruflichen Möglichkeiten (zur wissenschaftlichen Qualifikation) zu eröffnen wie Männern.

Problematisch ist an einer solchen Politik der Partizipation, dass die patriarchale und heteronormative Prägung der Gesellschaft und Kultur unangetastet bleibt und es daher lediglich zu einer Angleichung der Position von Frauen an die männerzentrierte Norm kommt, aber keine Gesellschaftstransformation stattfindet (Connell 1999, Dingler et al. 2000). Für den Bereich der Hochschulen wurde z.B. kritisiert, dass sich gleichheitspolitische Strategien im Rahmen von individuellen Frauenfördermaßnahmen darauf beschränkten, den gleichen Zugang für Frauen zur Wissenschaft zu fordern, ohne eine grundlegende Veränderung der hegemonial männlich geprägten Strukturen von Forschung und Lehre anzustreben: Es muss jedoch nicht nur der Frauenanteil in denjenigen Statusgruppen erhöht werden, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, vielmehr sind gleichzeitig z.B. die Leitbilder der Organisation Hochschule zu reformieren und ‚Mythen‘ über den Wissenschaftsbetrieb, wie die Anwesenheitskultur oder die wissenschaftlichen Paradigmen ‚Freiheit‘, ‚Wahrheit‘ oder ‚Objektivität‘, kritisch auf ihre normativen Grundlagen und Setzungen hin zu hinterfragen.

Lektüreempfehlung

Beauvoir, Simone de. 1997 [1949]. *Das andere Geschlecht. Sitte und Sexus der Frau*. Reinbek bei Hamburg.

2.2.2 Differenztheorien

Differenzfeminismus verfolgt eine dem Gleichheitsfeminismus entgegengesetzte Argumentation. Hier wird davon ausgegangen, dass grundlegende – entweder biologische oder sozialisationsbedingte – Unterschiede zwischen Männern und Frauen bestehen, denen politisch Rechnung getragen werden sollte. Dieser Ansatz löst die Differenzen zwischen den Geschlechtern nicht etwa zur hegemonial männlichen Seite hin auf, sondern strebt eine Umkehrung des hierarchischen Verhältnisses der Geschlechter an: Das im Rahmen des Differenzfeminismus aufgewertete Weibliche soll mehr gesellschaftliche Anerkennung erhalten und die Gesellschaft feminisiert werden. Politisch ist der Differenzfeminismus verbunden z.B. mit Kampagnen gegen Geburtenkontrolle und für die Forderung nach Recht auf Abtreibung sowie nach männerfreien Räumen und frauengerechtem Forschen und Lernen. Wissenschaftlich stehen Phänomene der Lebensrealität von Frauen im Mittelpunkt des Forschungsinteresses. Die Integration dieser Themen in eine vorwiegend hegemonial männlich dominierte Forschungsperspektive sowie die

Sichtbarmachung der kulturellen, künstlerischen, sozialen, politischen und wissenschaftlichen Leistungen von Frauen ist das Ziel von differenztheoretisch orientierter Frauenforschung.

Im Gegensatz zum Gleichheitsfeminismus, der zu einer Integration bzw. Assimilation von Frauen in eine an sich nicht kritisierte männerdominierte Gesellschaft führen kann, wird am Differenzfeminismus kritisiert, er übersehe,

dass das feminine Prinzip selbst ein Produkt des Androzentrismus darstellt, da das Feminine dualistisch als das „Andere“ des Maskulinen definiert ist. Der inverse Feminismus reproduziert damit, wenn auch in Umkehrung, die konzeptionellen Strukturen des Dualismus, obwohl gerade diese transzendiert werden sollen (Dingler et al. 2000, S. 135).

Sowohl gleichheits- als auch differenztheoretische Feminismen bewegen sich somit im Denken einer Opposition von Mann und Frau. Erst poststrukturalistische Ansätze reflektieren ab Mitte der 1980er Jahre genau dieses Moment als strukturelle Ursache der Geschlechterhierarchie. Hintergrund dieser Entwicklung ist, dass für die beiden frühen Richtungen des Feminismus Widersprüche in theoretischer wie politischer Hinsicht offenkundig wurden. Insbesondere Women of Color, Migrantinnen und lesbische Frauen in den USA beklagten ihre spezifische Diskriminierung innerhalb der Gruppe der Frauen aufgrund ihrer Hautfarbe, ihrer ethnischen Zugehörigkeit oder ihrer sexuellen Orientierung und kritisierten eine Vereinnahmung ihrer andersartigen Erfahrungen durch den so genannten White Middle Class-Feminismus. Die Betonung von Differenzen unter Frauen führte dazu, die Diskursabhängigkeit und Konstitutionsweisen von Geschlechtsidentitäten und Ausgrenzungsmechanismen innerhalb des Feminismus in den Blick zu nehmen. Während zuvor die Existenz zweier Geschlechter die Grundlage sowohl von Theoriebildung als auch politischer Praxis war, wurden nun die Ursprünglichkeit und Omnipräsenz der Kategorie Geschlecht sowie deren Herstellungsmechanismen kritisch hinterfragt.

Lektüreempfehlungen

Irigaray, Luce. 1980 [1974]. *Speculum. Spiegel des anderen Geschlechts*. Frankfurt a.M.

Millett, Kate. 1992 [1970]. *Sexus und Herrschaft: Die Tyrannei des Mannes in unserer Gesellschaft*. Reinbek bei Hamburg.

2.2.3 Dekonstruktion

Poststrukturalistische Ansätze fragen nach Wirkungszusammenhängen und Machteffekten von binären Oppositionen als Grundlage des Denkens. In diesem

Zusammenhang erscheint Geschlechterdifferenz als eine essentialisierende Kategorie zur Unterteilung der Menschen in zwei Gruppen. So genannte dekonstruktivistische Verfahren untersuchen nun die Prozesse, durch die die Geschlechteropposition immer wieder von Neuem diskursiv hergestellt und bestätigt wird.

Haben die beiden frühen feministischen Theorieströmungen zwischen dem biologischen Geschlecht „sex“ und der gesellschaftlich bestimmten Geschlechtsidentität „gender“ unterschieden, so gehen poststrukturalistisch-dekonstruktivistische Ansätze davon aus, dass Aussagen über etwas dem gesellschaftlichen Diskurs vorangehendes ‚Natürliches‘, wie etwa das körperlich determinierte Geschlecht, nicht möglich seien, da die Wahrnehmung der Welt immer schon sprachlich vermittelt und sozio-kulturell vorstrukturiert sei. Die Kategorie sex ist damit Teil des diskursiv konstituierten Geschlechts Gender. Diese Genderisierung von sex wurde durch die amerikanische Philosophin Judith Butler in ihrem Buch *Gender Trouble* von 1990 (dt. *Das Unbehagen der Geschlechter*) in die feministische Debatte eingebracht. Die Diskursivierung der biologischen Geschlechtszugehörigkeit führte zu heftigen Diskussionen über den vermeintlichen Verlust der Kategorie Frau als Grundlage gleichstellungspolitischen Handelns: Die Geschlechtszugehörigkeit erscheine nur noch als eine gesellschaftliche und mit Machteffekten ausgestattete Praxis und damit – zumindest perspektivisch – als ein „aufzulösendes Konstrukt“ (Knapp 1998a, S. 63f.), so lautete die Kritik vieler Feministinnen. Und in der Tat sind die politischen Konsequenzen poststrukturalistisch argumentierender Theorieansätze nicht immer leicht zu erkennen. Ein Hauptproblem besteht darin, dass feministische Identitätspolitik (→ Glossar) durch die Bezugnahme auf eine vermeintlich einheitliche Gruppe der Frauen die Struktur der Zweigeschlechtlichkeit und Heteronormativität (→ Glossar) bestätigt und verfestigt und so den Theorieimpulsen des Dekonstruktivismus scheinbar entgegenläuft. Denn im

politischen Prozess der rechtlichen und sozialen Subjektwerdung gilt [...], daß die Kategorien, die die Subjekte repräsentieren sollen, diese erst bzw. auf eine spezifische Weise hervorbringen. Damit ist nicht nur gemeint, dass die repräsentierenden Kategorien die Wirklichkeit der Machtbeziehungen erschaffen, sondern sie agieren innerhalb dieser Machtbeziehungen normierend und disziplinierend, sie ziehen Grenzen zwischen dem Eigenen und dem Fremden, sie organisieren Einschluss- und Ausschlussverfahren (Niekant 1999, S. 41).

Vor dem Hintergrund poststrukturalistischer Ansätze steht Geschlechterpolitik heute vor dem Problem, sich einerseits auf die Kategorie ‚Frau‘ beziehen zu müssen, während gleichzeitig das Ziel verfolgt wird, eben diese Kategorisierung nicht nur in ihrer Eindeutigkeit, sondern auch grundsätzlich als Ausgrenzungsmechanismus zu hinterfragen. Vertreter_innen dekonstruktivistischer Theorien

sehen aber gerade in der Auflösung fester politischer Identitäten Herausforderungen und Chancen für neue feministische Strategien (Wartenpfehl 1999, S. 70). Dabei greift Dekonstruktion auf zweifache Weise – „durch eine doppelte Geste“ (Wartenpfehl 1999, S. 74) – in das hierarchische Geschlechterverhältnis ein: zum einen durch die *Umkehrung* der hierarchischen Gegensätze und zum anderen durch eine *Verschiebung* des oppositionellen Systems. Hierarchien werden in Frage gestellt, indem die Herstellungsmechanismen und Funktionen von Differenzkategorien analysiert werden. Dadurch findet aber nicht nur eine Umwertung bisheriger hierarchisch geordneter Differenzen statt. Zugleich wird durch die dekonstruktivistische Praxis die Bildung von Oppositionen als Grundlage von Hierarchien zu einem reflektierten Gegenstand. Die Bedingungen und Voraussetzungen des oppositionellen Systems werden einer Bewusstmachung unterzogen.

Doch was heißt dies für die politische Praxis? Einige Linien möglicher politischer Konsequenzen seien an dieser Stelle stichpunktartig skizziert:

- Der dominante geschlechtertheoretische und -politische Diskurs wird einer kritischen Selbstreflexion unterzogen, indem nach den Ausschlüssen gefragt wird, die durch die Bezugnahme auf die Kategorie Geschlecht entstehen. Es geht um die Freilegung des zwangsläufig Verdrängten, um das Nicht-Gedachte. Eine Konsequenz davon ist z.B. Kritik am Rassismus innerhalb des Feminismus und an Homo- und Transphobie (→ Glossar und Kap. 14.2 Mehrdimensionale Diskriminierungen erkennen und abbauen) (Wartenpfehl 1999, S. 74; Holland-Cunz 2001, S. 53f.).
- Unterschiede innerhalb der Gruppe der Frauen bzw. Männer werden betont und damit Geschlechtergrenzen verflüssigt.
- In Verschränkung mit der Geschlechterdifferenz werden nun auch andere Kategorien wie Klasse, nationale Identität, Ethnizität, Hautfarbe, Sexualität, Behinderung in ihrem Konstruktionscharakter hinterfragt (→ Kap. 2.2.4 Queer Theorie bis Kap. 2.2.7 Intersektionalitätsforschung und Diversity Studies).
- Es findet eine Ausweitung des Politischen statt: Jeder Benennungsakt wird als politische Handlung verstanden. Dies bringt auch das Infragestellen von Definitionen mit sich, sei es auf der Ebene politischen Handelns, wo es um die Definition der politischen Akteur_innen sowie der zu Repräsentierenden geht, oder auf der Ebene feministischer Wissenschaft oder der Gender Studies, wo es um die Definition des Forschungsgegenstandes und des Erkenntnisinteresses geht.
- Auch die feministische Theoriebildung an den Hochschulen ist als ein wissenspolitisches Projekt zu sehen, in dem unter anderem um akademische

Anerkennung und um kanonische Transformationen gestritten wird. Dabei konkurrieren innerhalb der Frauen- und Geschlechterforschung verschiedene Strömungen um die schmale Nische, die diesem relativ neuen Forschungsgebiet im traditionellen Fächerkanon gewährt wird. Debatten innerhalb des Feminismus erscheinen aus dieser Perspektive in einem neuen Licht: Auch hier geht es um Durchsetzungsmacht, es werden Ausschlüsse produziert und Repräsentation stellt eine umkämpfte Größe dar (→ Kap. 14 Abbau mehrdimensionaler Diskriminierung).

- Der Körper wird als Effekt von Diskursen sichtbar und damit für politische Umdeutungen zugänglich (Butler 1997).
- ‚Männlichkeiten‘ werden zum Gegenstand von Geschlechterforschung und Gender Studies. Männer sind zunehmend als Akteure gleichstellungspolitischer Praxen aktiv (→ Kap. 5.2.4 Gender und Diversity Studies und Kap. 5.3.1 Work-Life-Balance).
- Neue themenorientierte politische Bündnisse und eine feministische Koalitionspolitik werden durch das Aufbrechen feststehender Identitäten möglich (→ Kap. 6 Kooperationen und Vernetzung).
- Es bleibt zu betonen, dass es nicht angemessen ist, von einem einheitlichen Begriff des (poststrukturalistischen) Feminismus auszugehen. Vielmehr hat sich die feministische Theoriebildung in eine Vielzahl unterschiedlichster Ansätze ausdifferenziert, so dass im Plural von „postmodernen Feminismen“ gesprochen werden kann (Dingler et al. 2000, S. 129ff.).

Lektüreempfehlungen

Benhabib, Seyla, Judith Butler und Drucilla Cornell. 1994 [1996]. *Der Streit um Differenz: Feminismus und Postmoderne in der Gegenwart*. Frankfurt a.M.

Butler, Judith. 1991 [1990]. *Das Unbehagen der Geschlechter*. Frankfurt a.M.

Butler, Judith. 1997 [1993]. *Körper von Gewicht. Die diskursiven Grenzen des Geschlechts*. Frankfurt a.M.

Handbuch zur Gleichstellungspolitik an Hochschulen
Von der Frauenförderung zum Diversity Management?

Blome, E.; Erfmeier, A.; Gülcher, N.; Smykalla, S.

2013, XXIV, 483 S. 4 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-531-17567-6